

Chronik des Unwillens



Jahrestage sind immer ein guter Anlass, zurückzublicken und Lehren für die Zukunft zu ziehen. Mit Blick auf die atomare Abrüstungspolitik hält das Jahr 2020 viele Gelegenheiten dazu bereit. Auch in Deutschland.

Vor 75 Jahren, am 6. und 9. August 1945, fielen die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki. Sie töteten bis Ende 1945 mehr als 200.000 Menschen. Der unbeschreibliche Horror der Überlebenden bleibt uns als Mahnung.

Vor 50 Jahren, am 5. März 1970, trat der Nichtverbreitungsvertrag in Kraft. Er verpflichtet die Atomwaffenstaaten, über vollständige Abrüstung zu verhandeln. Dies ist noch immer nicht geschehen.

Vor 30 Jahren, im November 1990, wurde das Ende des Kalten Krieges besiegelt, wodurch eine beispiellose atomare Abrüstungswelle ermöglicht wurde.

Vor 10 Jahren, am 8. April 2010, unterzeichneten US-Präsident Barack Obama und der russische Präsident Dmitri Medwedew den New-START-Vertrag zur Begrenzung von strategischen Atomwaffen. Dieser letzte verbleibende bilaterale Abrüstungsvertrag wird im kommenden Jahr auslaufen. Was bleibt, sind milliardenschwere Modernisierungs- und Aufrüstungsprogramme der Atommächte.

In Deutschland jährt sich ein weitgehend vergessenes Ereignis zum zehnten Mal: Am 26. März 2010 stimmte der Bundestag einem Antrag der Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen zu. Darin heißt es: »Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich auch bei der Ausarbeitung eines neuen strategischen Konzepts der NATO im Bündnis sowie gegenüber den amerikanischen Verbündeten mit Nachdruck

Bald auch das Atombomben-Trägerflugzeug der Bundeswehr? Ein F/A-18 der US-Navy
Foto: dpa

für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einzusetzen«. Dieser Beschluss wurde nie umgesetzt. Neben massivem diplomatischem Druck der USA gilt als Grund dafür insbesondere, dass das Bundeskanzleramt den Abzug ablehnte und den damaligen Außenminister Guido Westerwelle auflaufen ließ. Die aktuelle Bundesregierung trägt nun den Ersatz der in Büchel stationierten Atomwaffen durch moderne, zielgenauere B61-12 Atombomben mit. In diesen Wochen will sie zudem eine Entscheidung über neue Trägerflugzeuge treffen – im Rennen sind amerikanische F/A-18 und Eurofighter. Diese sollen es der deutschen Luftwaffe ermöglichen, sich auch in den nächsten Jahrzehnten im Rahmen von NATO-Einsätzen an einem Atomkrieg zu beteiligen.

Die Chronik der zurückliegenden 75 Jahre führt uns den Unwillen zur vollständigen nuklearen Abrüstung vor Augen – bei den Atomwaffenstaaten

ebenso wie in der deutschen Bundesregierung. Es ist mehr als naiv, darauf zu setzen, dass die Atom-mächte irgendwann aus freien Stücken auf die mächtigsten Waffen der Welt verzichten. Solange die Bundesregierung nicht mit gutem Beispiel vorangeht, sondern die Drohung mit Massenvernichtungswaffen sogar als Teil der eigenen außenpolitischen Strategie anerkennt, werden ihre wohlklingenden Erklärungen verhallen.

Wer eine Welt ohne Atomwaffen will, muss bereit sein, selbst auf sie zu verzichten. 75 Jahre nach Hiroshima und zehn Jahre nach dem fraktionsübergreifenden Bundestagsbeschluss ist es Zeit für ein atomwaffenfreies Deutschland!

Simon Bödecker

Weitere Informationen finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/atomwaffenverbot.

10 Jahre Bundestagsbeschluss

Aktionspostkarte an den Bundestagspräsidenten



Fordern Sie Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble mit unserer neuen Aktionspostkarte auf, sich dafür einzusetzen, dass

- der Bundestagsbeschluss zum Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland umgesetzt wird,
- die Bundesregierung einen konstruktiven Dialog mit der Zivilgesellschaft über Abrüstungs-bemühungen sucht,
- Deutschland dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag beitrifft.

<p>Absender/-in</p> <p>Name _____</p> <p>Straße _____</p> <p>PLZ, Ort _____</p> <p>Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident, anstatt endlich den Abzug der US-Atombomben aus Büchel zu fordern, will die Bundesregierung jetzt sogar neue Trägerflugzeuge beschaffen. Setzen Sie sich dafür ein, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ der Bundestagsbeschluss zum Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland umgesetzt wird, ■ die Bundesregierung einen konstruktiven Dialog mit der Zivilgesellschaft über Abrüstungs-bemühungen sucht, ■ Deutschland dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag beitrifft. <p>Mit freundlichen Grüßen _____</p> <p style="text-align: right; font-size: small;">Datum, Unterschrift</p>	<p style="font-size: x-small;">Eine Kooperation von:</p> <p>SCHNELL IST ÜBERALL atomwaffenfrei. jetzt</p> <p style="font-size: x-small; transform: rotate(-90deg); transform-origin: left top;">www.ohne-ruestung-leben.de www.ippnw.de Tel. 07141 9399-100 E-Mail: info@ippnw.de</p>	<p>Bitte mit 60 Cent freimachen</p>	<p>An den Präsidenten des Deutschen Bundestages Dr. Wolfgang Schäuble Platz der Republik 1 11011 Berlin</p>
--	--	---	---

Aktionspostkarten erhalten Sie kostenlos bei der Geschäftsstelle von Ohne Rüstung Leben, Arndtstr. 31, 70197 Stuttgart, Telefon 0711 608396, orl-info@gaia.de. Diese Aktion finden Sie auch unter www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen.



Grundsätzliches Umdenken

Friedensethische Positionen der Kirchen zu Atomwaffen



Atomare Abschreckung ist ein bedingt akzeptables Mittel zur Friedenssicherung und Kriegsverhütung. Diese Position vertraten sinngemäß für viele Jahrzehnte sowohl die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) als auch das Lehramt der Katholischen Kirche – trotz wachsender Kritik aus Basis, Landeskirchen und kirchlichen Organisationen. Nun jedoch zeichnet sich ein grundsätzliches Umdenken ab.

EKD-Synode: Klarheit, aber auch Enttäuschung

Die Kundgebung der EKD-Synode in Dresden vom 10. bis 13. November 2019 bezeichnet die Einsicht als unausweichlich, dass »nur die völkerrechtliche Ächtung und das Verbot von Atomwaffen den notwendigen Druck aufbaut, diese Waffen gänzlich aus der Welt zu verbannen«. In dieser Frage bezieht die EKD somit in bislang ungekannter Klarheit Position und erfährt breite Zustimmung. Von der Bundesregierung fordert die Synode »Schritte einzuleiten mit dem Ziel, den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterschreiben«, bleibt damit jedoch hinter den Erwartungen vieler zurück, die insbesondere auf eine klare Forderung zu den Atomwaffen in Büchel gehofft hatten. »Hier ist die EKD-Synode offensichtlich politisch eingeknickt«, kritisiert Jan Gildemeister, der Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF).

Justitia et Pax: Abschreckung nicht mehr dulden

Unterdessen hat die katholische Deutsche Kommission Justitia et Pax ihre bisherige Bewertung der atomaren Abschreckung einer grundlegenden Prüfung unterzogen. Sie begründet dies mit einer veränderten Weltlage und den klaren Worten von Papst Franziskus, der regelmäßig bereits den Besitz von Atomwaffen als unmoralisch geißelt. In ihrem umfangreichen Positionspapier kommt die Kommission zu einem bahnbrechenden Ergebnis: Die bisherige Duldung der nuklearen Abschreckung »als Konzept der Kriegsverhütung« könne nicht mehr aufrechterhalten werden. Der erste Schritt auf dem Weg zu nuklearer Abrüstung und Rüstungskontrolle müsse darin bestehen, »die Atomwaffen zu ächten, um dann ebenso zielstrebig wie geduldig Rüstungskontroll- und Abrüstungsmaßnahmen zu verhandeln, um die Nuklearwaffen nicht nur zu bannen, sondern sie wirklich aus der Welt zu verbannen«.

Simon Bödecker

Die hier genannten Quellen haben wir unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/atomwaffenverbot für Sie zusammengestellt und um weitere Stimmen aus den Kirchen ergänzt. Mehr zum Ökumenischen Aktionstag gegen Atomwaffen am 6. Juni 2020 in Büchel lesen Sie in der nächsten Ausgabe unserer Zeitung.

Papst Franziskus gedenkt am 24. November 2019 im Friedenspark in Hiroshima den Atombombenopfern
Foto: dpa

»Ein langer Atem lohnt sich«

Interview mit Heidi Kassai, ICAN-Mitglied aus Bingen



Vor der Plenarsitzung am 22. August 2019, in der das Atomwaffenverbot debattiert wurde, traf Heidi Kassai (3. v. l.) die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (4. v. l.).
Foto: SPD-Fraktion Rheinland-Pfalz

Der Beharrlichkeit von Heidi Kassai ist es unter anderem zu verdanken, dass eine Mehrheit der Abgeordneten im rheinland-pfälzischen Landtag das UN-Atomwaffenverbot unterstützt. Im Interview sprachen wir über ihr unermüdliches Engagement.

Liebe Heidi, du führst seit Jahren ehrenamtlich Gespräche mit Politikerinnen und Politikern und hältst Vorträge über Atomwaffen. Was motiviert dich?

Mich treibt ein inneres Verantwortungsgefühl an. Atomwaffen sind ja explizit erfunden worden, um in kurzer Zeit Hunderttausende zu töten und unsere natürliche Umgebung zu vernichten. Die einzige Möglichkeit, dem zu begegnen, ist das weltweite Verbot und die Eliminierung dieser teuflischen Erfindung. Ich möchte alles tun, um den Verlauf der Geschichte zu ändern,

hin zu einer Kultur des Friedens. Diese Veränderung beginnt bei jeder und jedem Einzelnen und endet bei den Entscheidungen von Politikerinnen und Politikern. Dialog und Aufklärungsarbeit sind dafür geeignete Mittel, weil sie eine neue Grundlage für positive Entscheidungen schaffen.

Wie reagieren Politikerinnen und Politiker, wenn du sie auf ein Atomwaffenverbot ansprichst?

Atomwaffen werden von der Politik verharmlosend oder sogar irreführend diskutiert. Oft werden humanitäre Konsequenzen gar nicht in Betracht gezogen, stattdessen ist von Abschreckung und angeblicher Sicherheit die Rede. Es braucht Zeit und Geduld, um unter diesen Umständen einen Dialog zu beginnen – oft frage ich bei einzelnen Büros über Monate an. Meine Erfahrung ist aber, dass sich ein langer Atem

lohnt. Sobald meine Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner erkennen, dass wir gemeinsame moralisch-ethische Werte teilen, sind sie im besten Fall dankbar für eine neue Sichtweise und gute Argumente, auch um dem Druck aus den Parteien und Fraktionen standzuhalten. Denn was oft vergessen wird: Viele Politikerinnen und Politiker wissen wenig über Atomwaffen.

Die Unterstützung für die ICAN-Abgeordnetenerklärungen wächst immer weiter. Dein Tipp: Wie steht die deutsche Bundespolitik in fünf Jahren zu Atomwaffen?

Ich bin sicher, dass die gemeinsame Arbeit der ICAN-Partner am Ende überzeugt. Bei einer repräsentativen Umfrage im letzten Jahr waren 91 Prozent für einen deutschen Beitritt zum Atomwaffenverbot. Wir arbeiten daran, dass die Parteien diesen Fakt nicht länger ignorieren können – und sich vielleicht schon nach der nächsten Bundestagswahl eine andere Sicht auf Atomwaffen durchsetzt.

Herzlichen Dank für diese ermutigenden Worte. Wir freuen uns darauf, weiter mit dir zusammenzuarbeiten!

Die Fragen stellte **Simon Bödecker**

Wie Sie die ICAN-Erklärungen und -Städteappelle unterstützen können, erfahren Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/ mitmachen.

Argumente für ein weltweites Atomwaffenverbot

Am 7. Juli 2017 beschlossen 122 Staaten in New York den UN-Atomwaffenverbotsvertrag. Sobald der 50. Staat den Vertrag ratifiziert hat, tritt er in Kraft. Warum ist das weltweite Atomwaffenverbot richtig und wichtig? Eine Argumentationshilfe.

Atomwaffen sind eine Bedrohung für unsere Sicherheit

Im August 1945 wurden zwei – nach heutigen Maßstäben sehr kleine – Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki abgeworfen. 65.000 Menschen verdampften und verbrannten auf der Stelle, bis zum Ende des Jahres starben mehr als 200.000. Unter den Überlebenden häuften sich Krebs und Erbkrankheiten, ausgelöst durch die radioaktive Strahlung. Atomwaffen töten wahllos, auch die Zivilbevölkerung. Unter anderem deshalb hat der Internationale Gerichtshof in Den Haag im Jahr 1996 ihren Einsatz für völkerrechtswidrig erklärt. Würde heute eine

Atombombe auf eine Metropole abgeworfen, wären wohl Millionen Tote zu beklagen. Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes warnt, dass keine Versorgung der Überlebenden möglich wäre. Die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) geht zudem davon aus, dass ein regionaler Atomkrieg auch das Klima der Erde verändern könnte – Hungersnöte und Epidemien wären die katastrophalen humanitären Folgen.

Es geht längst nicht mehr nur um »atomare Abschreckung«

Weltweit sind rund 1.800 Atomwaffen in ständiger Einsatzbereitschaft. Die Atomwaffenstaaten argumentieren, diese »atomare Abschreckung« diene ihrem Schutz. Wenn wir sicher sein könnten, dass kein Land jemals eine Atomwaffe einsetzt, bevor es nicht selbst mit nuklearen Waffen angegriffen wurde, entstünde eine Pattsituation. Leider können

Ökumenischer
Aktionstag 2019 vor
dem Atomwaffen-
stützpunkt Büchel
Foto: Simon Bödecker



Anzahl der Atomsprenghöpfe weltweit

Stand: Januar 2019



Quelle: Friedensforschungsinstitut SIPRI

Foto: gemeinfrei

wir nicht sicher sein. Die wahrscheinlichsten Ursachen eines Atomkrieges sind menschliche oder technische Fehler, terroristische Anschläge und die irrationale Vermessenheit der Herrschenden. Zudem arbeiten die großen Atommächte spätestens seit den 1980er-Jahren daran, mit schnellen Mittelstreckenraketen oder zielgenauen »Mini-Nukes« einen Atomkrieg ohne Gegenschlag »gewinnen« zu können. Mit dem Ende des INF-Vertrages finden diese Ideen wieder Gehör. Es geht also längst nicht mehr nur um Abschreckung, sondern darum, die eigene Machtposition zu stärken.

Deutschland ist nicht auf Atomwaffen angewiesen

Auf dem Luftwaffenstützpunkt Büchel in der Eifel sind 20 US-Atombomben stationiert, die in den kommenden Jahren durch moderne, zielgenauere B61-12 ersetzt werden sollen. Die deutsche Luftwaffe trainiert regelmäßig den Einsatz dieser Massenvernichtungswaffen und soll dafür jetzt sogar neue Trägerflugzeuge bekommen. Dabei haben die Bomben für Deutschland keine militärstrategische Bedeutung; sie dienen einzig als politischer Beitrag zur Nuklearen Teilhabe in der NATO. Dass dieser nicht nötig wäre, zeigen Länder wie Kanada, Dänemark oder Litauen. Sie sind anerkannter Teil der NATO – auch ohne Atomwaffen.

Das Atomwaffenverbot ergänzt den Nichtverbreitungsvertrag

Im Nichtverbreitungsvertrag (Atomwaffensperrvertrag, NPT) von 1970 erklären die Atomwaffenstaaten »in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen ... zur nuklearen Abrüstung sowie über einen Vertrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle«.

Eine Verpflichtung, der sie bis heute nicht nachgekommen sind. Das daraus resultierende Ungleichgewicht lässt weitere Staaten nach nuklearer Bewaffnung streben und schürt gefährliche Konflikte. Hier nimmt der UN-Atomwaffenverbotsvertrag eine dringend nötige Ergänzung vor: Er untersagt seinen Vertragsstaaten nicht nur Entwicklung, Erwerb, Stationierung, Weitergabe und Einsatz von Atomwaffen, sondern legt auch ausführlich fest, wie die vollständige Abrüstung von beitragswilligen Atomwaffenstaaten durchgeführt und international kontrolliert werden muss.

Internationaler Druck zeigt Wirkung

Immer mehr Länder ratifizieren den Verbotsvertrag – die Atommächte sind bisher (erwartungsgemäß) nicht darunter. Warum dies keine Entmutigung sein sollte, zeigen der »Kernwaffenteststopp-Vertrag« von 1996 oder die »Ottawa-Konvention« über das Verbot von Antipersonenminen von 1997. Auch diese Verträge wurden von vielen betroffenen Staaten bis heute nicht unterzeichnet – über die Jahre haben politischer Druck und öffentliche Stigmatisierung jedoch dazu geführt, dass fast alle Länder der Welt sie einhalten. So ist Nordkorea das einzige Land, das in den letzten Jahren noch Atomtests durchführte. Es wurde dafür international geächtet. Mit dem Atomwaffenverbotsvertrag sind wir nun am Anfang eines vergleichbaren Prozesses. Die Bundespolitik, die stets betont, für eine Welt ohne Atomwaffen zu stehen, wäre gut beraten, diesen Prozess aktiv voranzubringen.

Simon Bödecker, Januar 2020

Ohne Rüstung Leben ist offizieller deutscher ICAN-Partner und Trägerorganisation der Kampagne »Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt«. Aktuelle Informationen zum Thema finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/atomwaffenverbot.



In der Reihe »kompakt« veröffentlichen wir Kurzbeiträge zu aktuellen friedenspolitischen Themen.

© und Bezug: Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Telefon 0711 608396, Fax 0711 608357, E-Mail orl-info@gaia.de, www.ohne-ruestung-leben.de.

Spendenkonto: Ohne Rüstung Leben, Evangelische Bank, IBAN DE96 5206 0410 0000 4165 41, BIC GENODEF1EK1, www.ohne-ruestung-leben.de/spenden.

»Eine restriktive Rüstungsexportpolitik sieht anders aus!«

Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) findet anlässlich der Vorstellung ihres Rüstungsexportberichtes 2019 deutliche Worte: Es sei »kein Trend hin zu einer restriktiven Rüstungsexportpolitik erkennbar«. Wir dokumentieren Kernaussagen des Berichtes, der die deutschen Rüstungsexportgenehmigungen des Jahres 2018 sowie des ersten Halbjahres 2019 analysiert und aktuelle Entwicklungen bewertet.

Mit einem Wert von 4,82 Milliarden Euro gingen die deutschen Einzelausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter 2018 im Vergleich zum Vorjahr um rund 23 Prozent zurück. Damit sank der Genehmigungswert für Einzelausfuhren zum dritten Mal in Folge – liegt allerdings immer noch auf sehr hohem Niveau. Denn zuvor – von 2015 bis 2017 – waren die

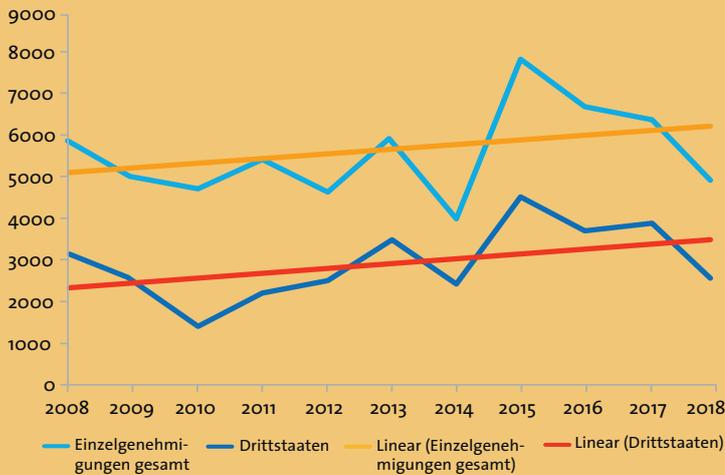
drei höchsten Werte seit Beginn der öffentlichen Berichterstattung über Rüstungsexporte zu verzeichnen. 2019 folgte wieder ein starker Zuwachs bei den Einzelausfuhrgenehmigungen, deren Wert im ersten Halbjahr mit 5,33 Milliarden Euro bereits den Gesamtwert des Vorjahres überstieg.

Rüstungsexporte an Staaten außerhalb der EU und der NATO machten im Jahr 2018 mit 53 Prozent zum sechsten Mal in Folge mehr als die Hälfte aller Genehmigungen aus. Unter den Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte sind dabei weiterhin auch Länder, in denen staatliche Organe systematisch Menschenrechtsverletzungen begehen. Und das, »obwohl die Bundesregierung immer das Gegenteil beteuert«. Im Jahr 2018 genehmigte die Bundesregierung Lieferungen in 52 Länder, deren

Foto: dpa



Entwicklung der Werte der Einzelgenehmigungen von 2008 bis 2018
(in Mio. Euro)



Quelle: Rüstungsexportbericht 2019 der GKKE

Menschenrechtssituation vom Bonn International Center for Conversion (BICC) als »sehr schlecht« eingestuft wird.

Neue Politische Grundsätze sind unzureichend

Im Juli 2019 hat die Bundesregierung ihre im Koalitionsvertrag 2018 angekündigte »Schärfung« der Politischen Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern vorgelegt. Die GKKE bewertet die Überarbeitung als unzureichend. Zwar fänden sich in der jüngsten Fassung – beispielsweise im Bereich der Exportkontrolle von Klein- und Leichtwaffen – durchaus Neuerungen, die zu einer restriktiveren Rüstungsexportpolitik beitragen könnten. Allerdings ließen oftmals verwendete Formulierungen Ausnahmen von der Regel zu, was »das Anliegen einer Schärfung der Politischen Grundsätze geradezu konterkarieren« könnte.

Zudem weist die GKKE darauf hin, dass auch die überarbeiteten Politischen Grundsätze nicht rechtsverbindlich sind, sondern eine reine Absichtserklärung darstellen. Sie bekräftigt in diesem Zusammenhang erneut ihre Forderung nach einem rechtlich verbindlichen Rüstungsexportkontrollgesetz. In einem solchen gelte es auch, bestehende Regelungslücken zu schließen. Beispielsweise sei es nötig, den Export von technischer Unterstützung sowie die Investitionen deutscher Rüstungsunternehmen in den Aufbau ausländischer Produktionskapazitäten rechtlich zu regeln.

EU-Staaten werden ihrem Anspruch nicht gerecht

Ein zentraler Aspekt der überarbeiteten Politischen Grundsätze sind Regelungen zur Erleichterung der europäischen Rüstungskooperation. Die GKKE befürchtet, dass diese im Ergebnis auf eine Aufweichung – in Teilbereichen sogar eine vollständige Beseitigung – der deutschen Exportrichtlinien hinauslaufen. Nach Einschätzung der GKKE seien die entsprechenden Passagen alarmierend und verdeutlichten die Dringlichkeit einer Stärkung der Rüstungsexportkontrolle auf europäischer Ebene. Denn »im Zuge verstärkter Rüstungskooperation werden restriktive Exportregelungen aufgeweicht, zugleich stagniert die europäische Rüstungsexportkontrolle hinsichtlich der inhaltlichen und institutionellen Regelungen«. Ihrem Anspruch, eine restriktive Rüstungsexportpolitik zu betreiben, würden die EU und ihre Mitgliedsstaaten so nicht gerecht.

Die Bundesregierung müsse auf europäischer Ebene eine strenge und einheitliche Anwendung des Gemeinsamen Standpunktes der EU und der darin enthaltenen Kriterien für Rüstungsexporte einfordern, schlussfolgert die GKKE. Zudem sollte ein europäisches Aufsichtsgremium eingerichtet und Verstöße der Mitgliedsstaaten durch Sanktionen geahndet werden können. Nicht zuletzt der Krieg im Jemen zeige, wie dringend eine verlässliche, restriktive europäische Rüstungsexportkontrollpolitik gebraucht wird.

Redaktion: Charlotte Kehne, Januar 2020

- Der Rüstungsexportbericht der GKKE steht als PDF-Datei unter www.gkke.org/download-publikationen-zum-herunterladen zur Verfügung.
- Die gedruckte Broschüre (DIN A5, 110 Seiten) kann – solange der Vorrat reicht – kostenlos bei der Geschäftsstelle von Ohne Rüstung Leben angefordert werden.

Die Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben wird gefördert durch:

Brot für die Welt

mit Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes

In der Reihe »kompakt« veröffentlichen wir Kurzbeiträge zu aktuellen friedenspolitischen Themen.

© und Bezug: Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Telefon 0711 608396, Fax 0711 608357, E-Mail orl-info@gaia.de, www.ohne-ruestung-leben.de.

Spendenkonto: Ohne Rüstung Leben, Evangelische Bank, IBAN DE96 5206 0410 0000 4165 41, BIC GENODEF1EK1, www.ohne-ruestung-leben.de/spenden.

Machtkampf bei Heckler & Koch

Luxemburgischer Finanzinvestor greift nach dem Kleinwaffenhersteller

Am 19. Dezember 2019 reisten die Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre Heckler & Koch nach Rottweil – schon zum zweiten Mal im vergangenen Jahr. Der Grund: Kurz vor Weihnachten wurde auf Verlangen des Mehrheitsaktionärs Andreas Heeschen eine außerordentliche Hauptversammlung einberufen.

Ein Schritt, den dieser mittlerweile vielleicht bereut. Denn Heeschen wollte zunächst nur über die Vergütung des Aufsichtsrates sprechen. Doch nach und nach kamen weitere Tagesordnungspunkte hinzu. Während der Mehrheitsaktionär Heeschen anstrebte, als zusätzliches, viertes Mitglied in den Aufsichtsrat gewählt zu werden, lehnte ein anderer gewichtiger Aktionär dies ab und setzte zudem die Abberufung zweier derzeitiger Aufsichtsratsmitglieder auf die Tagesordnung. Bei diesem Anteilseigner handelt es sich um die luxemburgische Finanzholding CDE, die kurz vor der Hauptversammlung bekannt gab, die Mehrheit an dem hochverschuldeten Kleinwaffenhersteller übernehmen zu wollen.

Investor geht auf Konfrontationskurs

So wurden die Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre Zeugen eines offen ausgetragenen Machtkampfes: Die CDE ging auf Konfrontationskurs und stellte unter anderem die Zuverlässigkeit des nicht anwesenden Mehrheitsaktionärs Heeschen in Frage. Für Heckler & Koch-Hauptversammlungen völlig ungewohnt, denn sonst hüllen sich die Aktionärinnen und Aktionäre des Waffenherstellers zumeist in Schweigen.

Dennoch erhielt Heeschen seinen Platz im ansonsten unveränderten Kontrollgremium – was sich angesichts der angestrebten Übernahme schon bald wieder ändern könnte. Damit der luxemburgische Investor die Mehrheit an Heckler & Koch übernehmen kann, muss allerdings die Bundesregierung zustimmen. Bis zur Hauptversammlung war dies noch nicht geschehen – anscheinend auch, weil die Strukturen hinter der CDE sehr undurchsichtig sind.

Egal wer Heckler & Koch kontrolliert: Kleinwaffenexporte stoppen

Die für die Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre relevante Frage ist, ob mit möglichen Veränderungen in der Besitz- und Leitungsebene auch ein Strategiewechsel in puncto Rüstungsexportkontrolle einhergeht. Die CDE gab an, im Fall einer Übernahme den von der aktuellen Geschäftsführung eingeschlagenen Weg fortsetzen zu wollen. Das bezieht sich wohl auch auf die »Grüneländer-Strategie«. Für uns steht fest: Egal wer in Zukunft Heckler & Koch leiten, kontrollieren oder besitzen wird – Kleinwaffenexporte an kriegführende und menschenrechtsverletzende Staaten müssen unterbunden werden. Das werden wir auch auf der nächsten Hauptversammlung wieder einfordern.

Charlotte Kehne

Charlotte Kehne vertritt Ohne Rüstung Leben bei den Kritischen Aktionärinnen und Aktionären Heckler & Koch. Aktuelles zum Thema finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten.

Foto: Jens Volle

»(K)eine Frage der Abwägung?!«

Unter diesem Motto findet am 26. Februar 2020 der Aktionstag der »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« statt. Vor dem Reichstag in Berlin werden die Teilnehmenden ihrer Forderung nach einem Rüstungsexport-

kontrollgesetz Ausdruck verleihen, damit die Abwägung der Menschenrechte gegen Profit und politische Interessen endlich aufhört.

www.aufschrei-waffenhandel.de



»Die europäischen Werte wahren«

23.191 Unterschriften an Katarina Barley übergeben

Es ist ein klarer Appell an das EU-Parlament, den der Vorstandsvorsitzende des forumZFD im Gepäck hatte. »Nutzen Sie das starke Mandat der Wählerinnen und Wähler, um sich für ein Europa des Friedens einzusetzen!«, forderte Oliver Knabe. Gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern von Ohne Rüstung Leben und weiteren Organisationen war er am 19. November 2019 nach Brüssel gereist. Im Gepäck: Unseren Aufruf »Rettet das Friedensprojekt Europa!«, unterschrieben von 23.191 Menschen und 110 Organisationen aus zwölf EU-Staaten.

zusammenarbeit und Migrationsabwehr. Dion van den Berg (PAX, Niederlande) mahnte an, die europäischen Werte zu wahren und gemeinsam einen Wandel hin zu mehr Friedensförderung zu gestalten. Die EU dürfe nicht zur Verteidigungsunion werden.

Hannah Neumann betonte, unsere Initiative mit ihren klaren Forderungen komme genau zur rechten Zeit. Einerseits habe das EU-Parlament wichtige Erklärungen beschlossen, etwa zur Konfliktprävention und zu Rüstungsexporten. Andererseits würden immer mehr Fonds und Fazili-

Im Anschluss konnten wir die 23.191 Unterschriften an die Vizepräsidentin des Europäischen Parlamentes übergeben. Katarina Barley (SPD) ließ sich die Hintergründe und Argumente des Aufrufs eingehend erläutern und machte deutlich, dass sie die Forderung der vielen Unterzeichnerinnen und Unterzeichner nach einem Europa des Friedens und der Menschenrechte ausdrücklich unterstützt. Ein wichtiges Signal – denn wenn zentrale Fragen zur Friedens- und Sicherheitspolitik vermehrt in Brüssel diskutiert werden, ist es nötig, dass auch die Stimmen



Das Fachgespräch mit Hannah Neumann (MdEP, z.v.r.)
Foto: Simon Bödecker



Hannah Sanders (forumZFD), Katarina Barley (Vizepräsidentin des EU-Parlamentes), Oliver Knabe (forum ZFD), Dion van den Berg (PAX), Simon Bödecker und Charlotte Kehne (Ohne Rüstung Leben) bei der Übergabe der Unterschriften Foto: Christoph Bongard

Bei einem Fachgespräch diskutierten Vertreterinnen und Vertreter unseres Bündnisses unter anderem mit der EU-Abgeordneten Hannah Neumann (Grüne). Mit scharfen Worten kritisierte Dr. Martina Fischer (Brot für die Welt) die zunehmende Vermischung von Entwicklungs-

täten zur Finanzierung von militärischen Zwecken eingerichtet. Die Grünen-Abgeordnete kündigte an, dafür zu streiten, dass sich die EU mit zivilen Instrumenten für Frieden und Deeskalation einsetzt und die Kontrollrechte des Parlamentes gegenüber der EU-Kommission gestärkt werden.

für Frieden und Gerechtigkeit dort gehört werden.

Simon Bödecker

Unsere Aktionspostkarte »Europäische Friedensfazilität – eine gefährliche Mogelpackung« können Sie weiterhin kostenlos bestellen unter www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen.

Sanftmut kann die Welt erschüttern

Arun Gandhi auf Deutschlandtour

Der Enkel von Mahatma Gandhi kommt nach Deutschland und Ohne Rüstung Leben ist Mitveranstalter seiner Buchvorstellung am 19. März 2020 in Stuttgart. Schauspielerin Lisa Wildmann liest dort aus den Büchern *Wut ist ein Geschenk* und *Sanftmut kann die Welt erschüttern*. Im Anschluss wird Arun Gandhi über seine Werke, sein Leben und die Lehre Gandhis sprechen.

Als 12-jähriger Junge lebte Arun gemeinsam mit seinem Großvater Mahatma Gandhi in Zentralindien. Als Erwachsener teilt Arun Gandhi die Erkenntnisse der Lehre seines Großvaters, die Tausende inspiriert hat, auch mit uns. Wir laden Sie herzlich ein, das Vermächtnis Gandhis live mitzuerleben!

Die Veranstaltung in Stuttgart:

- 19. März 2020, 19:00 Uhr in der Stadtbibliothek am Mailänder Platz
Eintritt: 6,00 Euro
Anmeldung unter: anmeldung@lpb.bwl.de

Weitere Termine der Lesetour:

- Karlsruhe, 17. März 2020
- Köln, 23. März 2020
- Trier, 25. März 2020

Außerdem wird Arun Gandhi verschiedene Schulen besuchen und an Veranstaltungen teilnehmen, zum Beispiel dem Beginn der Aktionspräsenz gegen Atomwaffen am 26. März 2020 in Büchel.

Alle weiteren Informationen finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten.



Foto: DUMONT-Verlag

Neue Workshopreihe zu Friedenskompetenzen

Unsere neue Workshopreihe »Aufbau von Friedenskompetenzen« beschäftigt sich mit unterschiedlichen Facetten von Friedensförderung im Zusammenhang mit aktuellen Gesellschaftsfragen wie Armutsbekämpfung, sozialer Gerechtigkeit und der Klimakrise. Bei einem unserer drei Termine können Sie mit den anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmern an diesen Themen arbeiten und ausgewählte Methoden zur Dialogförderung aus der Mediation einüben.

Die Workshops finden statt in **Tübingen (8. Mai), Stuttgart (22. Mai) und Freiburg (23. Mai)**.

Bitte melden Sie sich rechtzeitig bei Kerstin Deibert von Ohne Rüstung Leben an. Detaillierte Informationen zur Anmeldung und den Veranstaltungsorten finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/weiterbilden.

Mit finanzieller Unterstützung des Staatsministeriums Baden-Württemberg über die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ).

Baden-Württemberg
STAATSMINISTERIUM

Stiftung Entwicklungs-
Zusammenarbeit
Baden-Württemberg

Ein Workshop zum Aufbau von Friedenskompetenzen

Friedensverhandlungen zwischen Staaten, Projekte zur Gewaltprävention oder Versöhnung bei Familienstreitigkeiten: Frieden hat viele Gesichter, im Großen wie im Kleinen.

In einem eintägigen Grundlagenworkshop sprechen wir über die unterschiedlichen Facetten von Friedensförderung. Diskutieren Sie mit uns die Zusammenhänge mit aktuellen Gesellschaftsfragen wie Armutsbekämpfung, sozialer Gerechtigkeit und Klimakrise.

Erarbeiten Sie, wie sich Frieden konkret gestalten lässt und üben Sie ausgewählte Methoden zur Dialogförderung aus der Mediation ein.

Detaillierte Informationen zur Anmeldung und den Veranstaltungsorten finden Sie unter:

www.ohne-ruestung-leben.de/weiterbilden

08.05.
Freitag
8. Mai 2020
10:00 – 17:00 Uhr
Gemeindehaus Lamm
Am Markt 7
72070 Tübingen

22.05.
Freitag
22. Mai 2020
10:00 – 17:00 Uhr
WeltHaus Stuttgart
Globales Klassenzimmer
Charlottenplatz 17
70173 Stuttgart

23.05.
Samstag
23. Mai 2020
10:00 – 17:00 Uhr
Karl Rahner Haus
Habsburgerstraße 107
79104 Freiburg

Wir alle teilen uns diesen kleinen Planeten Erde und müssen lernen, in Frieden und Harmonie miteinander und mit der Natur zu leben. Dies ist nicht nur ein Traum, sondern eine Notwendigkeit. Dalai Lama

Liebe Leserin, lieber Leser,

das Bild des amerikanischen Fotografen Joseph O'Donnel ging um die Welt. Es zeigt einen Jungen, der barfuß und mit verschlissenen Kleidern am Straßenrand steht. Er drückt die Brust durch, denn er hat ein schweres Bündel umgeschallt. Darin hängt der Leichnam seines kleinen Bruders – getötet beim Abwurf der Atombombe über Nagasaki 1945. Er verzieht keine Miene; er bewahrt Haltung und trägt seine schreckliche Last anscheinend mit Würde. Aber beim genaueren Hinsehen sieht man, dass er sich die Lippen blutig beißt. Vor zwei Jahren verschickte Papst Franziskus zu Weihnachten dieses Foto mit den Worten: »Die Frucht des Krieges«. Eindrücklich brachte er damit sein Erschrecken über die Schrecken des Krieges und darüber, wozu Menschen fähig sind, zum Ausdruck (Seite 3).

Dieses Jahr jähren sich die Atombombenabwürfe über Hiroshima und Nagasaki zum 75. Mal – und das atomare Rüsten geht unvermindert weiter. Auch die Bundesregierung trägt

den Ersatz der Atomwaffen in Büchel durch moderne Waffensysteme ausdrücklich mit (Seite 1). Wir dürfen das Erschrecken über die Schrecken des Krieges und den Rüstungswahn nicht verlernen. Deshalb argumentieren und streiten wir weiter konsequent für eine Welt ohne Atomwaffen.



Foto: Joachim E. Röttgers

Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung und Ihr Engagement und grüße Sie im Namen des gesamten Teams von Ohne Rüstung Leben.

Ihr

Wolfgang Herrmann

Impressum

Herausgeber

Ohne Rüstung Leben
Arndtstraße 31
70197 Stuttgart
Telefon 0711 608396
E-Mail orl@gaia.de
www.ohne-ruestung-leben.de

Verantwortlicher

Redakteur
Simon Bödecker

Auflage:

15.000

Informationen zum

Datenschutz:

www.ohne-ruestung-leben.de/datenschutz
oder bei unserer
Geschäftsstelle



Inhalt

1 | Titel

Chronik des Unwillens

2 | Aktion

10 Jahre Bundstagsbeschluss – Aktionspostkarte an den Bundestagspräsidenten

3 | Hintergrund

Friedensethische Positionen der Kirchen zu Atomwaffen

4 | Aktion

»Ein langer Atem lohnt sich«
Interview mit Heidi Kassai, ICAN-Mitglied aus Bingen

5 | kompakt

Argumente für ein weltweites Atomwaffenverbot

7 | kompakt

Rüstungsexportbericht 2019 der GKKE

9 | Aktuell

Machtkampf bei Heckler & Koch

10 | Aktion

»Die europäischen Werte wahren«
23.191 Unterschriften an Katarina Barley übergeben

11 | Aktuell

Arun Gandhi auf Deutschlandtour

Spenden

Ohne Rüstung Leben
IBAN DE96 5206 0410 0000 4165 41
BIC GENODEF1EK1 | Evangelische Bank
www.ohne-ruestung-leben.de/spenden

Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart
ZKZ 7014, PVSt, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt